

Monika und Holger Pfuhle
Große Strasse 3
39340 Haldensleben

11.06.2019

Mail: kontakt@gegen-strabs-lsa.de

Staatskanzlei LSA
z. Hd. Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff
Hegelstraße 40-42

39104 Magdeburg

Betr.: Offener Brief vom 02.05.2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

Sie können es sicher erahnen, welche Enttäuschung und ja auch Wut die Bürger empfinden, wenn außerhalb unseres Landes reihenweise die Beitragspflicht für Straßenausbaumaßnahmen per geändertem Gesetz aufgehoben wird.

Mecklenburg-Vorpommern hat voller Stolz das Aus erklärt, Brandenburg wird noch in diesem Monat folgen, der Gesetzesentwurf zur Abschaffung in Thüringen liegt auf dem Tisch und wird am 27. Juni im dortigen Innenausschuss behandelt. Allein in diesem Monat finden auch Anhörungen in NRW und RLP zu vorliegenden Gesetzesentwürfen statt, im Mai hatte sich Hessen damit befasst. Welches Bild wirft das auf Sachsen-Anhalt, wenn bei uns dieses Thema weitestgehend totgeschwiegen und blockiert wird.

Wir, die Bürgerinitiativen, die die Interessen einer großen Anzahl von Betroffenen vertreten, werden das nicht widerspruchslos hinnehmen.

Bedauerlich ist, auch Sie als unser Ministerpräsident bestätigten bisher weder den Eingang unseres offenen Briefes vom 02.05.2019, noch teilten Sie den Unterzeichnern mit, ob Sie unserer Argumentation folgen wollen und die Tragweite für die Betroffenen in unseren Gemeinden erkennen und teilen.

Wir werden auch weiterhin nicht müde, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Wir werden dafür sorgen, das erforderliche Quorum für die Volksinitiative zu erreichen. Unser Ziel ist es, dass die Unterschriften nach der Sommerpause den Entscheidungsträgern unseres Landes übergeben werden. Es wäre ein gutes Zeichen, ein Symbol, wenn Sie bereit wären, diese Unterschriftensammlung persönlich in Empfang zu nehmen.

Ein geeigneter Termin sollte gemeinsam mit den Initiatoren zu finden sein, wir stehen gerne für jede Abstimmung und jedes Gespräch zur Verfügung.

Bitte haben Sie für unsere Ungeduld und unsere Hartnäckigkeit Verständnis, jeder Beitragsbescheid der durch die mehr als zögerliche Haltung in unserem Land ergeht, ist ein Bescheid zu viel. Er verursacht einen Vertrauensverlust in die kommunale Selbstverwaltung, stört den sozialen Frieden in den Gemeinden und führt nicht zuletzt zu enormen finanziellen Härten bei den Betroffenen, die in der Mehrzahl nicht zu den Besserverdienenden unserer Gesellschaft gehören.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Antwort,



Monika und Holger Pfuhe

im Auftrag der BI gegen STRABS LSA